Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonnirt man bei den Zeitungs-Spediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW.48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher: Amt 6, Nr. 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und die Inseraten-Bureaux zum Preise von 40 Pf. pro fünfgespaltene Petitzeile entgegen. Zusendungen für die Zeitung sind nicht an eine Person, sondern an die Redaktion zu adressiren. Gleichzeitige Angabe des Honorars wird erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 67. [39. Jahrgang.] Mittwoch den 21. März 1900. [39. Jahrgang.] Nr. 67.

Berlin, den 20. März.

Zur Flottennovelle.

Hafenwesen und Hochseefischerei.

Verhältnißmäßig wenig sind in der Oeffentlichkeit bisher die Angaben beachtet worden, die in der der Flottennovelle beigegebenen Denkschrift über die Entwicklung des Hafenwesens und über die Erweiterung der Anlagen und Hülfsmittel für den Seeverkehr seit 1896/97 gemacht worden sind. Und doch verdienten diese Angaben eine größere Beachtung schon wegen der Wichtigkeit, die diesen Bauten zur Förderung der Schifffahrt zukommt, und wegen der sehr großen Summen, die von den einzelnen Hafenstädten bei der Erweiterung ihrer Hafenbauten aufgewendet sind. Eingesetzt haben diese Verbesserungsbauten in den Nordseehäfen mit dem Beginne der Vorbereitungen für die Zollanschlüsse von Hamburg und Bremen, in den Ostseehäfen mit der Vollendung des Kaiser Wilhelm-Kanals. Aus der Fülle der Thatsachen seien hier nur einige wenige hervorgehoben.

In Hamburg, dessen Hafenanlagen von Anfang an in größtem Stile geplant waren, sind diese seit 1890 bereits dreimal ergänzt und erweitert worden, allein 1897 und 1898 wurden für diese Zwecke 17 bezw. 28 Mill. Mark bewilligt. In Bremen sind in den letzten drei Jahren nach den Angaben der Denkschrift 33 Mill. Mark für Hafenbauten ausgegeben worden, da eine Verdoppelung der Hafenbassins und Anlagen im Werden begriffen ist; ferner sind die Bremerhavener Anlagen bedeutend erweitert worden. Im verflossenen Jahre ist der neue Hafen in Emden vollendet worden, der den Verkehr des Dortmund-Ems-Kanals in sich aufnehmen soll, weitere Millionen werden zum weiteren Ausbau des Emder Fahrwassers gefordert. Fast ebenso lebhaft war die Bauthätigkeit in den Häfen der Ostsee. Lübeck, das der Vollendung des Elbe-Trave-Kanals entgegensieht, hat sehr große Summen für Hafenbauten und die Korrektion der Trave bewilligt, und steht im Begriff, für die Anlage eines Industriehafens, für neue Kaibauten, für Umgestaltung der Hafenplätze weitere große Aufwendungen zu machen. Während von den Nordseeplätzen Altona sich erst einen Freihafen schaffen will, ist in Stettin 1898 ein Freibezirk eröffnet worden, ebenso hat Danzig mit einem Freihafenbezirk bei Neufahrwasser einen Anfang gemacht. Sehr bedeutende Ausgaben hat ferner Stettin für die Verbesserung der Fahrwasser und für neue Hafenanlagen gemacht; Königsberg will im Zusammenhange mit der Eröffnung des Haff-Kanals seinen Hafen erheblich vergrößern; auch kleinere Häfen, wie Rostock und Stralsund, haben sich zu relativ recht bedeutenden Ausgaben für die in Rede stehenden Zwecke verstanden. Ueberall ist man darauf bedacht, bequeme Einrichtungen für den Bau und die Reparaturen von Schiffen zu schaffen, und es darf ausgesprochen werden, daß Deutschland demnächst an allen seinen Flußmündungen über nach jeder Richtung hin wohl ausgestattete Verkehrs- und Hafeneinrichtungen verfügen wird.

Ein anderer Punkt, der ebenfalls für unsere See-Interessen eine große Bedeutung besitzt, ist die deutsche Hochseefischerei. Die Bedeutung dieser nicht nur für das Seewesen, sondern für die deutsche Volkswirthschaft überhaupt, ist erst seit etwa einem Menschenalter wieder weiteren Kreisen der Nation klar geworden, und noch immer hat der Fischkonsum in Deutschland nicht die Höhe erreicht, welche auch im Interesse der minder begüterten Bevölkerung wünschenswerth wäre. Ebenso hat sich die Erkenntniß, daß eine große Seefischerei für eine starke Flotte ein unbedingtes Erforderniß ist, noch nicht zur nöthigen Klarheit durchgerungen. „Der steigende Bedarf der Marine“, sagt Nauticus in seinem Jahrbuch für Deutschlands See-Interessen, „kann immer weniger aus der Handelsflotte gedeckt werden, dazu kommt, daß die Besatzung der Handelsflotte weit zerstreut und im Falle der Mobilmachung nur zum kleinsten Theil an der heimischen Küste ist, während die Seefischereibevölkerung jederzeit zur Verfügung steht. In Deutschland beträgt diese Seefischereibevölkerung aber nur 10 200 Mann, dagegen sogar in dem kleinen Holland 17 600, in Frankreich 85 000, in Norwegen 93 800 und in England 114 000.“ Sehr bedeutend hat sich der Fischhandel durch die großen Auktionen entwickelt, deren erste 1887 stattfand; dieselben haben dauernd steigende Umsätze gebracht, so in Hamburg 1887 rund 396 000 Mark, im Jahre 1899 dagegen fast 2½ Mill. Mark. In Geestemünde, wo jetzt die größten und bedeutendsten Auktionen stattfinden, stellte sich der Umsatz 1887 erst auf 104 000 ℳ, 1898 dagegen schon auf fast 3½ Mill. Mark und stieg 1899 auf über 4 Mill. Mark. Dabei muß bemerkt werden, einmal, daß die Steigerung der Mengenumsätze eine erheblich größere sein dürfte in Folge des Preisrückganges, den die Konkurrenz der billigen isländischen Fische hervorgerufen hat, und ferner, daß auf diesen Auktionen die Nordenhamer Gesellschaft „Nordsee“ nicht erscheint, die seit 1897 einen direkten Versanddienst über ganz Deutschland organisirt und 1899 über 1¾ Mill. Mark umgesetzt hat. Die deutsche Nordseefischereiflotte zählte, wie die Denkschrift über die Steigerung der See-Interessen ausführt, Ende 1898 570 Schiffe mit einer Besatzung von 4700 Mann, darunter 130 Dampfer mit 1185 Mann Besatzung. Mit 1896 verglichen, bedeutet dies einen Zuwachs von 34 Schiffen und eine Vermehrung der Mannschaft um 1430 Köpfe. Besondere Beachtung verdient, daß gerade die Dampfer der Hochseefischereiflotte sich in den Jahren 1896—1898 um 27 vermehrt haben, und daß verschiedene Gesellschaften im Begriffe stehen, zu einer weiteren Vermehrung ihres Dampferbestandes zu schreiten. Ganz besonders ist auch die Betheiligung der deutschen Fischer an der Heringsfischerei gewachsen, allein in Emden ist die Zahl der Heringsfänger von 1896—1898 von 29 auf 45 gestiegen, und für die Fangperiode 1899 wurden schon 53 Fahrzeuge in den Dienst gestellt. Im Ganzen lagen 1898/99 85 Segler und 5 Dampfer mit einer Besatzung von 1400 Mann der Heringsfischerei ob, die 100 000 To. Heringe im Gesammtwerthe von 2¼—2½ Millionen Mark auf den deutschen Markt lieferten. In einer Reihe von Seestädten sind Hochseefischereigesellschaften in den letzten Jahren neu gegründet worden, und der jährliche Ertrag der gesammten Hochseefischerei wird auf 20 Millionen Mark bewerthet. Allerdings ist der Antheil der deutschen Fischerei an den Erträgen der Nordsee noch immer ein verhältnißmäßig niedriger, auch soll er nach Ansicht von Sachverständigen nicht besonders erweiterungsfähig sein, aber in den Fischgründen Islands eröffnen sich neue ergiebige Gebiete, und selbst in den nördlichen Polarmeeren hofft man der deutschen Hochseefischerei ein neues Fundgebiet erschließen zu können. Wesentlich werden aber bei dem Schutze der Fischerei immer zwei Gesichtspunkte bleiben: **der volkswirthschaftliche und der militärische, die Versorgung nämlich der großen Masse unseres deutschen Volkes mit einem billigen Nahrungsmittel, und die Bedeutung der Fischereibevölkerung für den Personalbestand unserer Marine.**

Politischer Tagesbericht.

In Bethätigung des lebhaften Interesses, welches die Staatsregierung an der thunlichsten Beseitigung des schwer auf der Landwirthschaft lastenden **Mangels an ländlichen Arbeitern** nimmt, hatte der Herr Minister des Innern im Verein mit dem Herrn Minister für Landwirthschaft am 5. d. M. eine Besprechung mit sachkundigen Mitgliedern der Landesvertretung über die zu diesem Zwecke zu ergreifenden Maßnahmen veranlaßt. Dabei traten zwei Punkte in den Vordergrund: die Zulassung polnischer Arbeiter und die Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte anderer Nationalität. In ersterer Beziehung ziehen zwingende nationale und kulturelle Rücksichten eine bestimmte für die Staatsregierung unüberschreitbare Schranke. Es darf der Standpunkt, daß die polnischen Arbeiter nicht zu dauernder Niederlassung, sondern nur als Saisonarbeiter zugelassen werden dürfen, nicht verlassen werden, und es ist daher unerläßlich, daß sie in steter und dauernder Verbindung mit ihrer polnischen Heimath bleiben. Innerhalb dieser Schranke aber ist die Staatsregierung bereit, den Wünschen auf erweiterte Zulassung polnischer Arbeiter soweit als irgend möglich entgegenzukommen. Es soll daher der Zeitpunkt, mit welchem polnische Arbeiter zugelassen werden dürfen, statt wie bisher auf den 1. März künftig auf den 1. Februar festgesetzt werden, so daß solche Arbeiter im Bedarfsfalle künftig einen ganzen Monat früher herangezogen werden können. Während bisher ferner allgemein der 1. Dezember als der letzte Zeitpunkt festgestellt war, bis zu welchem die polnischen Arbeiter in ihre Heimath entlassen werden mußten, und nur in ganz besonderen Ausnahmefällen diese Frist bis zum 15. Dezember verlängert werden konnte, sollen künftig die polnischen Arbeiter allgemein so lange im Dezember in ihren inländischen Arbeitsstätten verbleiben dürfen, wie es angängig ist, wenn sie das Weihnachtsfest in ihrer polnischen Heimath verleben sollen. Es wird so der Zeitraum zwischen der Zulassung und der Rückwanderung der polnischen Saisonarbeiter auf durchschnittlich 6 Wochen verkürzt, mithin auf den denkbar kürzesten Zeitraum, wenn die Verbindung dieser Arbeiter mit ihrer Heimath aufrecht erhalten werden soll. Bei der Besprechung wurde allseitig anerkannt, daß durch diese Maßregeln in Verbindung mit einer Reihe formaler Erleichterungen den vorhandenen Beschwerden der Landwirthschaft in besonders dankenswerther Weise abgeholfen werden würde. Es wurde ferner allseitig anerkannt, daß es zur Milderung des Mangels an ländlichen Arbeitern nothwendig sei, soviel ausländische Arbeitskräfte anderer Nationalität, als irgend möglich, zur vorübergehenden Aushülfe heranzuziehen. Neben Holländern und Schweden, welche jetzt schon vielfach in der deutschen Landwirthschaft beschäftigt werden, kommen dabei vor Allem Italiener, Deutsche aus Oesterreich-Ungarn und Letten und Esthen aus den russischen Ostseeprovinzen in Betracht. Die Erschließung dieser Quellen an ausländischen Arbeitskräften setzt eine energische und planmäßige Werbethätigkeit voraus, welche nur durch ein Zusammenwirken des Staates und seiner Organe mit den eigenen Organisationen der Landwirthschaft, in erster Linie den Arbeitsnachweisen der Landwirthschaftskammern, zu erreichen sein wird. Völlig übereinstimmend mit diesem Ergebniß der erwähnten Besprechung hat sich auch das Landes-Oekonomiekollegium betreffs der Heranziehung nicht polnischer ausländischer Arbeiter ausgesprochen. Von den Herren Ministern des Innern und der Landwirthschaft ist zum Zwecke der näheren Ausführung dieses Grundgedankens eine weitere Besprechung auf den 26. d. M. in das Abgeordnetenhaus einberufen worden, zu welcher außer den Theilnehmern an der ersten Konferenz auch Vertreter der Landwirthschaftskammern und ihrer Arbeitsnachweise zugezogen werden sollen.

Vom **Kriegsschauplatze** liegen nur wenige belanglose Nachrichten vor. Zur Lage bei Kimberley besagt eine „Reuter“-Meldung vom letzten Sonntag: Oberst Peakmau, welcher mit berittenen Truppen von Kimberley eine Rekognoszirung machte, stieß in der Nähe von Fourteen-Streams auf 500 Buren mit 2 Geschützen. Die Buren wurden überrascht, erwiderten aber das englische Feuer mit Gewehr- und Geschützfeuer. Peakmau kehrte zurück, nachdem er seinen Zweck erreicht hatte. Auf englischer Seite wurden 2 Mann verwundet.

Das Mitglied der kanadischen Expedition vom Rothen Kreuz Dr. Ryerson telegraphirt aus Kimberley vom 16. d. M. nach Toronto, in Kimberley liegen etwa 1000 Mann krank oder verwundet danieder; er habe 90 Betten aufgestellt. Die Gesammtzahl der in den verschiedenen Hospitälern Südafrikas in Pflege befindlichen verwundeten und kranken Soldaten aller Grade betrage 17 000.

• • •

Ein Telegramm des „Daily Chronicle“ berichtet aus Bloemfontein vom 17. d. M.: Kavallerie ist ausgesandt worden, um das Kommando Oliviers zu entwaffnen. — In Kroonstad findet ein Kriegsrath statt.

• • •

Die „Times“ meldet in ihrer zweiten Ausgabe aus Aliwal North vom Montag: Kommandant Olivier hat sich in der Richtung auf Kroonstad zurückgezogen, nachdem er zuvor in Rouxville alle verfügbaren Lebensmittel requirirt und die Einwohnerschaft in Noth zurückgelassen hatte.

• • •

Das vorgenannte Blatt berichtet aus Lourenço Marques von gestern: In der vergangenen Nacht haben die portugiesischen Behörden eiligst eine Abtheilung Infanterie an die Grenze der Südafrikanischen Republik entsandt, um die dort stehende Garnison zu verstärken.

• • •

Wie aus Kapstadt depeschirt wird, ist der Gouverneur Milner in Begleitung seines militärischen Sekretärs und seines Privatsekretärs Montag Abend von dort abgereist.

• • •

In der gestrigen Sitzung des **englischen Unterhauses** theilte der Schatzkanzler Hicks Beach mit, die Gesammtzahl der Zeichner der Kriegsanleihe sei 39 800, die gezeichnete Gesammtsumme betrage 335½ Millionen Pfund, die größte einzelne Zeichnung beziffre sich auf 10 Millionen Pfund. Zeichner von 10 000 Pfund und darüber erhielten 6 pCt., solche unter diesem Betrage Zuschläge, welche zwischen 6 pCt. und dem vollen Betrage variiren. Es sei unmöglich, zu sagen, wie hoch der von dem Auslande gezeichnete Betrag sei. Weiter bemerkte Hicks Beach, Angesichts der Vorstellungen gegen die Ausdehnung der Stempelsteuer auf Schlußnoten der Produktgeschäfte werde er auf seinem Vorschlage in der jetzigen Form nicht bestehen. — Auf eine Anfrage erklärte Parlaments-Untersekretär des Auswärtigen Brodrick: Der deutsche Dampfer „Herzog“ sei thatsächlich dem Prisengericht nicht übergeben worden, der erste Marine-Offizier habe in Folge eines Mißverständnisses telegraphirt, daß das Schiff dem Prisengericht übergeben sei. Die Admiralität habe also auf das Prisengericht keinen Einfluß ausgeübt. Da der „Bundesrath“ seiner Zeit unter Arrest war, sei der Oberbefehlshaber am 1. Januar angewiesen worden, den „Herzog“ oder andere deutsche Postdampfer nicht mit Arrest zu belegen, bis bekannt sei, ob der „Bundesrath“ Kontrebande führe. Der „Herzog“ sei vor dem Empfange dieses Telegramms angehalten, aber sofort wieder freigelassen worden. — Das **Oberhaus** nahm die Kriegsanleihe-Bill in allen Lesungen an.

Am Dienstag sind zu Wien die deutsch-tschechischen **Verständigungskonferenzen** wieder aufgenommen worden; es liegen darüber folgende Depeschen vor:

Wien, 19. März. (Von einem Privatkorrespondenten.) Wie die „Neue Freie Presse“ meldet, wurde heute Abend in der böhmischen Verständigungskonferenz volle Einigung über den Gesetzentwurf betreffend den Sprachengebrauch bei den autonomen Behörden erzielt. Den Mitgliedern der Konferenz wurde heute ein umfassender Regierungsentwurf einer neuen Bezirks- und Kreiseintheilung auf Grund der nationalen Abgrenzung zugestellt.

Wien, 19. März. (Meldung des „k. k. Telegr.-Corresp.-Bureaus“.) Heute Nachmittag trat die böhmische Abtheilung der Ausgleichskonferenz zusammen. Ministerpräsident v. Koerber erklärte, der bisherige Verlauf der Konferenz führe in der Frage der Landtagswahlreform und der Regelung der sprachlichen Verhältnisse bei den autonomen Behörden, wenn auch nicht zu vollständiger Uebereinstimmung, so doch zu wesentlicher Annäherung der Anschauungen, was zu der Hoffnung berechtige, daß auch die ferneren Schwierigkeiten überwunden werden, vorausgesetzt, daß der allseitige Wunsch, zum Frieden zu gelangen, jede Leidenschaftlichkeit zurückdränge und sich die Verhandlungen so ruhig und sachlich wie bisher gestalten. Die hierauf folgende Debatte über den Bericht des Subkomités betreffend die Regelung der Sprachenfrage bei den autonomen Behörden galt hauptsächlich den noch strittigen Punkten. Es wurde beschlossen, den Gesetzentwurf in der Fassung, wie er aus den bisherigen Verhandlungen des Subkomités und der Vollkonferenz hervorgegangen, einer Schlußberathung zu unterziehen.

Zur Beendigung des **Kohlenarbeiter-Streiks** in Oesterreich wird weiter berichtet:

Wien, 20. März. In Falkenau befinden sich noch 3900 Arbeiter im Ausstande, 2100 arbeiten. Die Lage ist unverändert. Der versöhnlich gehaltene Beschluß der Werkbesitzer wird dem Streikkomité erst heute mitgetheilt werden. — In Brüx sind 4760 von 5430 Arbeitern angefahren, alle Werke sind im Betriebe.

Troppau, 19. März. In einer Versammlung, die in Mährisch-Ostrau stattfand, wurden die Arbeiterführer Karpeles und Merta hinausgedrängt. Radikale Redner traten für die Fortsetzung des Ausstandes ein. Die Versammlung beschloß einstimmig, daß die Bergarbeiter nicht einfahren sollen, und verwarf die vom Ausstandskomité bekannt gegebenen Bedingungen für die Wiederaufnahme der Arbeit. — In Nürschau ist der Ausstand beendet. Die gesammte Belegschaft meldete die Wiederaufnahme der Arbeit an und fuhr heute an. — Auf den Schächten des westböhmischen Bergbauvereins ist ein Theil der Arbeiter noch ausständig, doch werden auch diese Arbeiter morgen oder in den nächsten Tagen einfahren. — Aus Teplitz wird gemeldet, daß im Aussig-Teplitzer Reviere 55 pCt. der Arbeiter arbeiten, die übrigen meldeten für morgen die Wiederaufnahme der Arbeit an.

Schatzlar, 19. März. Die streikenden Bergarbeiter erklärten, die Arbeit bedingungslos wiederaufzunehmen, nachdem ihnen Generalpardon bewilligt worden war.

Im Abgeordnetenhause zu **Budapest** erklärte gestern im Verlaufe der Debatte über das Budget des Landwirthschaftsministeriums der Minister Daranyi bezüglich der Thierseuchen, im Ganzen seien 400 Gemeinden infizirt. In diesem Jahre sei kein einziger Fall kontagiöser Lungenseuche vorgekommen. Das Veterinärwesen sei in befriedigendem Zustand, und es werde auf dessen weitere Entwicklung stets die größte Sorgfalt verwendet. Auf den Grenzstationen werde neuerdings der ganze Transport untersucht und bei dem geringsten Verdachte der Infektion zurückgehalten. Bezüglich strenger Vorschriften für Desinfizirung der Viehwaggons stehe der Abschluß eines Uebereinkommens mit Oesterreich bevor.

Die Deputirtenkammer zu **Paris** beendete am Montag die Diskussion über das Budget. Als zur Abstimmung über das gesammte Budget geschritten werden sollte, erklärte Lanjuinais im Namen der Rechten, er werde nicht für das Budget stimmen, weil die jetzt befolgte Finanzpolitik Frankreich mit dem Ruin bedrohe. Das Gesammtbudget wurde hierauf mit 492 gegen 34 Stimmen angenommen.

• • •

Der Oberste Kriegsrath trat gestern im Elysée zu einer Sitzung zusammen, in welcher Präsident Loubet den Vorsitz führte; auch die Minister Galliffet, Lanessan und Waldeck-Rousseau waren zugegen.

• • •

Der französische Minister für öffentliche Arbeiten, Baudin, hat der Kammer eine neue Eisenbahnvorlage unterbreitet, die bestimmt, daß die Wahl der Aufsichtsräthe der Bahngesellschaften künftighin der Bestätigung des Ministers unterliegt, und alle Berathungen und Beschlüsse des Aufsichtsrathes, an denen ein nicht bestätigtes Mitglied theilgenommen hat, von Rechts wegen null und nichtig sind. Ueber den Inhalt dieses Gesetzes wird aus Paris geschrieben: In der Begründung führt der Minister aus, daß von den für den Bau und das Betriebsmaterial der Eisenbahnen im Laufe der Zeit aufgebrachten 15 Milliarden und 200 Millionen Francs der Staat und andere öffentliche Körperschaften 4 Milliarden 400 Millionen, d. h. drei Zehntel des Ganzen, die Obligationenbesitzer der Eisenbahngesellschaften 9 Milliarden 200 Millionen, d. h. sechs Zehntel, die Aktionäre nur 1 Milliarde 550 Millionen, d. h. nur ein Zehntel, beigesteuert haben. Dennoch haben Letztere allein das aktive und passive Wahlrecht für den Aufsichtsrath. Dies Vorrecht erscheint dem Minister aus verschiedenen Gründen nicht mehr zeitgemäß. Der Staat insbesondere würde als der Rechts- und spätere direkte Nutzeigenthümer, sowie als Zinsgarant für die Grundschuld der Eisenbahnen schon jetzt von schweren Fehlern in deren Verwaltung und Betriebsführung finanziell mitbetroffen werden. Zum Beweise, daß die Vorlage keine einseitige Tendenz gegen das Kapital an sich verfolge, weist der Minister weiter auf die schon in den Jahren 1835—40 gemachten Versuche des Staates hin, in den Aufsichtsräthen und den Hauptversammlungen der Aktionäre eine rechtmäßige Vertretung zu erlangen, um im öffentlichen Interesse seinen Einfluß auf deren Geschäftsführung auszuüben. Diese Versuche scheiterten weniger an der Befürchtung der Volksvertretung, die Unabhängigkeit der Gesellschaften dem bestehenden Rechte zuwider einzuschränken, als an ihrer Abneigung, dem Staate eine Verantwortlichkeit für deren Geschäftsführung mit aufzubürden. Derselbe Gedanke, verbunden mit dem Widerstande der Gesellschaften, brachte die in gleicher Richtung abzielenden Versuche des Ministers Varrey in den Jahren 1882 und 1883 zum Scheitern. Die Vorlage, sagt der Minister weiter, schmälert nicht die verbrieften Rechte der Aktionäre. Das Rechtsverhältniß des Staates gegenüber den Aufsichtsräthen ist nach ihm folgendes: „Die staatliche Konzession zum Bau und Betrieb der Eisenbahnen ist ihnen in Hinsicht nicht ihres eigenen Gewinnes, sondern des der Oeffentlichkeit zu leistenden Dienstes ertheilt. Dieserhalb sind ihnen Vollmachten zugestanden, deren Ausübung unmittelbar die wirthschaftliche Kraft des Landes in Friedenszeiten und seine defensive und offensive Wehrkraft in Kriegszeiten angeht. Deshalb ist der Staat als der natürliche und allein berufene Wächter dieser nationalen Interessen befugt, der Wahl seitens der Aktionäre, die ihrem persönlichen Rechte auf Wahrung ihrer finanziellen Interessen entspricht, seine Investitur der Gewählten zur Wahrung der allgemeineren Interessen folgen zu lassen, die mit jenem in vollstem Maße verträglich ist, da sie sich auf ein eventuelles Veto gegen ihm ungeeignet erscheinende Erwählte der Aktionäre beschränkt.“ Der Minister schließt, daß die Vorlage, ohne das erworbene Recht der Aktionäre, ihre ausschließlich finanziellen Interessen durch Leute ihrer Wahl wahren zu lassen, zu beeinträchtigen, zugleich dem Staate die Vollmacht geben müsse, nöthigenfalls auf frisches Blut in den Verwaltungsräthen hinzuwirken.

In **Madrid** verlautet, wie dorther depeschirt wird, daß auf Anordnung der Regierung eine Kommission nach dem Schluß des Parlaments sich nach Paris und London begeben wird, um mit den Inhabern der **auswärtigen spanischen Schuld** über eine auf diese Schuld zu legende Steuer zu unterhandeln.

Aus **Stockholm** wird vom Montag berichtet: Bei der Berathung der zweiten Kammer über die Bewilligung der zu Festungsanlagen geforderten Summe erklärten der Ministerpräsident Boström und der Kriegsminister v. Crusebjörn, sie würden zurücktreten, falls der Reichstag nicht Interesse zeige für die Befestigung in Norrland, wo die Regierung Festungsanlagen auf dem Platze „Boden“ vorschlägt. Nach den vorläufigen Abstimmungen der beiden Kammern ist es jedoch wahrscheinlich, daß die Forderung für diese Festungsanlagen bei der bevorstehenden gemeinsamen Abstimmung bewilligt und somit eine Kabinetskrisis vermieden wird.

Wie die „Politische Correspondenz“ aus Sofia meldet, erhob die **bulgarische** Regierung formell Protest gegen das Vorgehen **Rumäniens** in dem Grenzstreite um den Besitz der Tschekada-Inseln und verlangte, die Angelegenheit der strittigen sowie anderer in Frage kommender Donau-Inseln im Sinne der Bestimmungen der Haager Konferenz einem Schiedsgerichte zur Entscheidung vorzulegen.

Laut einer Meldung aus Washington erklären Beamte im dortigen Staatsdepartement, daß die Bedeutung der augenblicklich in **China** herrschenden Gährung sehr übertrieben worden ist. Ein kleines Kanonenboot, welches auf Verlangen des Gesandten der Vereinigten Staaten abgesandt worden sei, werde sich möglichst Peking nähern, um den Marinesoldaten die Landung zu erleichtern, wenn diese nöthig sein sollte.

Kleinere Nachrichten. Das **englische Unterhaus** hat gestern nach mehrstündiger Debatte die zweite Lesung der Finanzbill mit 182 gegen 30 Stimmen angenommen, ferner die dritte Lesung der Zensusbill für Großbritannien. — Aus **Konstantinopel** wird gemeldet: General Izzet Pascha ist zum Gesandten in Madrid ernannt. — Aus Philippopel besagt eine Meldung des „Wiener k. k. Telegr.-Corr.-Bureaus“: Nach aus Konstantinopel hier eingelaufenen Berichten wurde der Sekretär des **Yildiz-Palais**, Numan Kiamil-Bey, welcher mehrmals als Delegirter der Türkei an dem Orientalistenkongreß Theil nahm, nach Hedschas **verbannt**. — Die Stadt **Stockholm** beschloß die Aufnahme einer in 40 Jahren zu tilgenden 4 proz. Anleihe von 25 Millionen Kronen für Hafen-, Straßen- und Wasserbauten. — Nach einer Meldung der „Times“ aus **Montevideo** von gestern ist der Schiedsgerichtsvertrag mit **Argentinien** genehmigt und bereits veröffentlicht worden.

Hof- und Personal-Nachrichten.

* Ihre Kaiserlichen Majestäten unternahmen gestern Nachmittag eine Spazierfahrt. Abends wohnte Se. Majestät der Kaiser der Festvorstellung im königlichen Opernhause bei.

Heute Morgen machten Beide Majestäten im Thiergarten den gewohnten Spaziergang. Ins königliche Schloß zurückgekehrt, hörte Se. Majestät der Kaiser die Vorträge des Chefs des Militärkabinets, Generaladjutanten, Generals der Infanterie v. Hahnke, des Chefs des Admiralstabes der Marine, Vizeadmirals v. Diederichs, und des Chefs des Marine-Kabinets Vizeadmirals Freiherrn v. Senden-Bibran. Um 1 Uhr nahm Se. Majestät militärische Meldungen entgegen. Abends wird Allerhöchstderselbe das Diner bei dem Chef des Generalstabes der Armee, Generaladjutanten, General der Kavallerie Grafen von Schlieffen einnehmen.

---

* Ihre königl. Hoheit die Großherzogin von Baden hat seit Freitag täglich das Bett auf kurze Zeit verlassen können. Die Kranke fühlt sich im Allgemeinen sehr viel wohler, und die Kräfte heben sich allmälig. Der Bronchialkatarrh ist in steter Abnahme.

---

u. Se. Hoheit der Herzog Ernst Guenther zu Schleswig-Holstein hat sich nach mehrtägigem Aufenthalt gestern von hier nach Primkenau begeben.

* Der König der Belgier ist heute Vormittag in Wiesbaden eingetroffen.

-l. An dem Kaiser-Diner, welches am Sonnabend Abend bei dem Kriegsminister, General der Infanterie v. Goßler, stattfand, nahmen noch Theil: der Oberstkämmerer Graf Friedrich zu Solms-Baruth, der vortragende Generaladjutant v. Hahnke, der Chef des Generalstabes der Armee, Generaladjutant Graf v. Schlieffen, der Generalinspekteur der Kavallerie, General der Kavallerie Edler von der Planitz, der Generalinspekteur der Fußartillerie, General der Artillerie Edler von der Planitz, der Kommandant des kaiserlichen Hauptquartiers, Generaladjutant v. Plessen, der Generalinspekteur des Ingenieur- und Pionierkorps, General der Infanterie Freiherr von der Goltz, Generalleutnant v. Viebahn vom Kriegsministerium, Feldzeugmeister Generalleutnant Stern, der Kommandant des Zeughauses, Generalleutnant v. Usedom, der Direktor des Allgemeinen Kriegs-Departements, Generalleutnant von der Boeck, der Präses der Artillerie-Prüfungskommission, königlich bayerische Generalleutnant Frhr. Fuchs v. Bimbach, die Generalmajors v. Bülow und von Heeringen vom Kriegsministerium, der Inspekteur der Feldartillerie, Generalmajor v. Schmidt, der Kommandeur des 4. Garderegiments, Oberst v. Goßler, Abtheilungschef Oberst v. Einem, der Inspekteur der Remonte-Inspektion, Oberst v. Damnitz, die diensthuenden Flügeladjutanten Oberst v. Mackensen und Oberstleutnant v. Jacobi, die Adjutanten des Kriegsministers, Major Graf Kanitz und Hauptmann v. Reuter u. A. m. Der Kaiser, welcher Generalsuniform trug, führte die Gemahlin des Kriegsministers zu Tisch und hatte zum anderen Nachbarn den General der Kavallerie Edlen von der Planitz. Der Hausherr saß dem Kaiser, der sich erst kurz vor Mitternacht verabschiedete, gegenüber.

** **Aus Anlaß der Jubelfeier der königlichen Akademie der Wissenschaften wird morgen bei dem Reichskanzler Fürsten zu Hohenlohe eine größere Mittagstafel stattfinden, zu welcher der Kultusminister, die Sekretäre der Akademie, die hier anwesenden Vertreter auswärtiger Akademieen und gelehrter Gesellschaften, sowie die Ehrenmitglieder der Akademie, Graf v. Lerchenfeld, Dr. Schöne und Dr. Althoff Einladungen erhalten haben.**